

Rede von

Bernd Lynack MdL

zu TOP 4

**Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der
Jagdsteuer**

während der Plenarsitzung vom 18.02.2015
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Es ist einiges an Wasser die Leine heruntergeflossen seit wir hier kurz vor der Bundestagswahl 2013 über Ihren Antrag auf Abschaffung der Jagdsteuer debattiert haben.

Wirklich neue Argumente haben wir auch nach ausführlicher Beratung im Innenausschuss nicht gefunden. Und so wird es Sie auch nicht wundern, dass sich auch an unserer Ablehnung gegenüber diesem aktionistischen Antrag nichts geändert hat.

Die Bundestagswahl ist ja nun auch vorbei, also werden Sie sicherlich damit leben können, dass der Antrag heute endgültig abgelehnt wird.

Es ist absolut verständlich, wenn Kommunen den Jägerinnen und Jägern eine Jagdsteuer abverlangen.

Jäger ‚nutzen‘ beim Jagen unsere Natur und sind geradezu darauf angewiesen. Dass die Allgemeinheit hier zum Ausgleich der Nutzung von Natur und Landschaft eine Abgabe erhebt, ist absolut gerechtfertigt.

Vor allem dann, wenn man dabei betrachtet, dass die aus der Jagdsteuer eingenommenen Mittel direkt in den Naturschutz vor Ort zurückfließen.

Nicht ohne Grund haben sich beispielsweise auch die Umweltschutzverbände vehement gegen die beantragte Abschaffung der Jagdsteuer gewandt.

Anrede,

was mich als Innen- und vor allem als Kommunalpolitiker am Meisten stört, ist nicht der Streit über die Sinnhaftigkeit dieser Steuer.

Es ist vielmehr der unverblühte Eingriff in die Finanzautonomie der Landkreise und kreisfreien Städte!

Die Jagdsteuer ist die einzige Steuer der Landkreise in Niedersachsen. Es ist nicht unsere Sache, sondern die der Kreise zu entscheiden, ob sie eine Jagdsteuer erheben wollen oder nicht.

Wenn die Kommunen vor Ort der Meinung sind, diese kommunale Steuer nicht mehr erheben zu wollen, weil die Einnahmen den Verwaltungsaufwand übersteigen, ist es

jedem Kreis, wie auch bereits passiert, jederzeit freigestellt auf eine Erhebung zu verzichten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP,
sie können mit Ihren Kommunalpolitikerinnen und -Politikern solche Anträge in den zuständigen Räten und Kreistagen einbringen. Das wäre dann wenigstens der richtige Ort, an dem darüber entschieden werden sollte.

Wir wissen sehr gut, um die vielerorts mehr als angespannte Haushaltssituation, in der sich viele Kreise befinden. Und viele von uns sitzen ja auch selber vor Ort in den Räten und Kreistagen. Sie wissen, dass bei Haushalten um jeden einzelnen Euro gerungen wird.

Und, dass gerade auch für die wertvolle Arbeit des meist ehrenamtlichen Naturschutzes kaum Mittel vorhanden sind.

Die Jagdsteuer hat landesweit einen Aufwand von über 3 Mio. Euro und ist für die allermeisten Kommunen unverzichtbar.

Sie hat im Übrigen auch keinen steuernden Effekt, sondern vielmehr einen haushälterischen. Vernichtend deshalb auch das Urteil der kommunalen Spitzenverbände. Sie sprechen in ihrer Stellungnahme von schwer akzeptablen Ausführungen in Ihrem Antrag.

Insbesondere der Hinweis im Antrag der FDP, die Mindereinnahmen lägen unterhalb der Erheblichkeitsschwelle, ist nicht nur aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände in keiner Weise hinnehmbar.

Anrede,
der Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände ist aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen.

Und, liebe FDP, ich rate Ihnen sich mal bei Ihren Leuten vor Ort in den Kommunalparlamenten umzuhören. Die können Ihnen da glaube ich sehr gut weiterhelfen. Oder Sie halten sich an Ihren ehemaligen Koalitionspartner hier im Landtag. Der hat Ihrem Ansinnen schon während Ihrer eigenen Regierungsverantwortung auch nicht zugestimmt.

Waidmanns Heil für die Suche nach offenen Ohren für Ihr Anliegen auf der kommunalen Ebene.

Vielen Dank!